

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakte: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkönig

Bezugspreis: einschließlich Frachtkosten monatlich 4,00 M., durch die Post bezogen monatlich 4,20 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 12,50 M., Einzelnummer 2,00 M., Sonntagsnummer 2,50 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wilmersplatz 10, Tel. 25 261. Erscheinungstage: wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wilmersplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Nonpareilzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7200 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel 1,50 M.

Nr. 63

Dresden, Donnerstag den 15. März 1923

34. Jahrg.

Englands Freundschaft zu Frankreich

London, 14. März. Das britische Unterhaus hatte gestern die fünfte Ablehnung im jetzigen Tagungsabschnitt. Der Right-Whigs Sir John Simon begründete einen Antrag, als Protest gegen die passive Haltung der Regierung in der Ruhrfrage eine Herabsetzung der Haushaltsausgaben für das auswärtige Amt zu fordern. Dieser Antrag wurde mit 249 gegen 201 Stimmen der Arbeiterpartei, der Liberalen und der Nationalen Liberalen abgelehnt. Auf den Oppositionsbänken erklärte der Ruf: „Dimission!“ Es ist dies die geringste Mehrheit, die die jetzige Regierung jemals in einer wichtigen Frage erhalten hat. Zahlreiche Konservativen haben sich der Abstimmung enthalten. In der Debatte wurde der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß die englischen Truppen am Rhein von den Franzosen völlig isoliert seien, was schwere Schädigungen des englischen Handels am Rhein zur Folge habe. Frankreich wolle mehr als Reparationen, das sei das Gefährliche. Macaulay (Arbeiterpartei) erklärte, die ganze Stärke und der ganze Einfluß der britischen Diplomatie müßten angewandt werden, um ein möglichst enges Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten herzustellen zur Vereinbarung einer Konferenz, auf der die gesamte politische Regelung des Jahres 1919 und die Stärkung des Völkerbundes beraten werden müßten. Die Regierung ließ erklären, daß sie in einem Freundschaftsverhältnis zu Frankreich stehe und kein Freund und Verbündeter zu bleiben wünsche. Von einer Intervention des Völkerbundes oder einer neuen internationalen Konferenz sei im Augenblick nichts zu erhoffen. — Der Ausgang der Debatte beweist, daß die englische Regierung auch weiterhin nichts in der Ruhrfrage tun zu unternehmen gedenkt.

Der frühere englische Premierminister Lloyd George antwortet in einem Artikel in der D. N. J. einen heftigen Vorstoß gegen Bonar Law und Bonar Law. Er schreibt:

Deute ist in Frankreich die Schwermertigkeit die, daß jeder für die Regierungsbildung in Betracht kommende Führer das Ruhrunternehmen mißbilligt und von seinem endgültigen Beteiligungsübertrag ist. Auf der andern Seite ist kein hervorragender politischer Führer in Frankreich bereit, das Obliegen des Signals zum Rückzug auf sich zu nehmen. Man würde stets sagen, daß der Erfolg sicher gemacht sei, und daß ohne die Feindschaft und Verwirrung des neuen Ministers Frankreich aus allen seinen finanziellen Schwierigkeiten triumphierend hervorgegangen wäre. Kein französischer Staatsmann riskiert diese tödliche Verschuldung. So ist die gegenwärtige französische Regierung an den Sattel ihres Schicksals gebunden und gezwungen, vorwärts zu gehen. — Eine weitere Erklärung für die Schwierigkeit eines Rückzugs liefert die wachsende Unzufriedenheit der ursprünglichen Anführer des überleitenden Abenteuers. Je ergebnisloser das Unternehmen, um so größer die Energie, mit der sie die Regierung in ihre Vorhölle weiter hineintreiben.

Dem Premierminister Bonar Law wirft Lloyd George vor, daß er sich nicht einmal um die Bedingungen kümmere, unter denen Bonar Law eventuell das Ruhrgebiet räumen wolle. Er sei völlig unfähig. — Das soll heißen: unfähig.

London, 14. März. Bei einem Frühstück nationalliberaler Unterhausmitglieder hielt Lloyd George eine Rede, in der er nachdrücklich die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Liberalen betonte. Es habe in der letzten Zeit keine Regierung gegeben, die so schnell und so vollständig ihre Verluste verloren habe, wie die Bonar Law's. Wenn die Liberalen sich nicht wieder vereinigten, so würden sie denselben Weg gehen. Bezüglich der gegenwärtigen Lage auf dem Festlande sagte Lloyd George, ihre Fortdauer werde Europa unberechenbar ins Unglück stürzen.

„Einheitsfront“ mit den Unternehmern

In Berlin hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gelangt und nach Erklärungen des Reichsarbeitsministers, der sich für Weiterführung des Widerstandes im Weiten ausbrach, eine Entschiedenheit zur Ruhrbesetzung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die deutschen Arbeitgeber geloben, in unerschütterlicher Treue zu ihren Vätern im besetzten Gebiet zu stehen. Denn der Kampf am Rhein und Ruhr ist unser aller Sache. Auf Gebot und Verbot sind alle deutschen Arbeitgeber mit Rheinland und Westfalen und seinem Schicksal verbunden. Ueber eine Abtrennung oder wirtschaftliche Absonderung dieses Kernstückes deutschen Landes, über eine Unterwerfung dieses Gebietes kann es keine Erörterung, kein Verhandeln geben. Die deutsche Arbeitgebervereinschaft tritt in treuer Gemeinschaft mit der deutschen Arbeiter- und Angestelltenvereinschaft hinter die kämpfenden und stehenden deutschen Väter im allbesetzten und im Einbruchgebiet. Sie ist sich dessen bewußt, daß es gilt, Freiheit und Recht zurückzugewinnen. Sie vertraut der Regierung, daß sie der deutschen Wirtschaft die Durchsicherung dieses Kampfes erleichtert und wird ihrerseits der Regierung jede Unterstützung gewähren. Wir wollen die geschlossene Heimatsfront bilden, die den Ruhrbrüdern den stärkenden Strom von Substanz und Entschlossenheit immer von neuem zufließt.“

Die Unternehmer sagen diese Worte von „geschlossener Heimatsfront“, weil sie billig genug sind und — nach ihrer Auffassung — zu nichts verpflichten. Wollten die Kapitalmagnaten wirklich eine „geschlossene Heimatsfront“ herstellen, so müßten sie in ihrer Lohnpolitik, in ihrer Haltung gegen Wirtschaftskrieg, Wirtschaftskrisen, Sozialpolitik usw. ganz andere Wege einschlagen, als durch Lohnabbau, Festschließung des Wirtschaftskrieges usw. erkennbar sind. Auch die Forderung der Unterstützung der Regierung ist billig, weil kein Unternehmer dabei daran denkt, die Steuergablungspflicht zu erfüllen oder gar mehr Abgaben für „das Vaterland“ zu leisten. — Die Arbeiterklasse weiß, daß eine wirkliche Einheitsfront mit den Unternehmern nicht möglich ist, da dies der Wirtschaft, und Klassenkampf in der kapitalistischen Periode nicht zuläßt. Es bleibt bei Worten und bei Werben.

Beckenbesetzung — Abfuhr von Rots

Offen, 14. März. Nachrichten behaupten, daß am 13. März im besetzten Industriegebiet sämtliche Becken besetzt werden sollen. Das dies nicht auf einen Erfolg gefaßt werden kann, ist selbstverständlich. Mit Einzelbesetzungen sind die Franzosen wieder vorgegangen. Die staatliche Jerse Westerbolt ist mit einem Battalion Soldaten und 60 Arbeitern besetzt worden. Angeblich sind 350 Tonnen Rots verladen worden. Deute hofft man, den ersten Rotszug nach Frankreich abfahren zu können. Die deutliche Seitenhieb ist natürlich sofort bei Besetzung in den Proteststreik getreten, in dem sie verharren.

Wanne, 14. März. Vom Kriegsgericht in Becklinshausen wurde der Kaufmann Jiska, der Besetzende des kaufmännischen Vereins, zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Million Mark Strafe verurteilt. Der Amtmann Weiberg aus Wanne erhielt 3 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Strafe, weil er sich geweigert hatte, Kohlen an die Franzosen zu liefern.

Erziehungen

Dortmund, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) In Buer sind am 12. März, abends, der Oberwachmeister Krause und der Unterwachmeister Moß im Lyzeum handrechtlich erschossen worden.

Die Arbeiterschaft der Union-Werke in Dortmund hatte wegen der Ermordung des auf der Union beschäftigten Arbeiters Gabel einen Protest an den französischen Kommandanten gerichtet. Darauf erschien heute mittag eine Abteilung französischer Soldaten auf dem Werk und verhaftete den Vorstehenden des Betriebsrates, der jedoch infolge seines energischen Protestes nach einer halben Stunde wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. — In Witten haben die Franzosen für die Abgabe über jeden Tag noch in Witten aufstehenden Schwabpolizeibeamten eine Verlosung von 250 000 M. ausgesetzt. In Dortmund ist die Verlosung heute um eine Kompanie des Infanterieregiments 88 vergrößert worden. Die Truppen sind in einer Schule untergebracht.

Buer, 14. März. (W. T. G.) Die beiden erschossenen Wachmeister Moß und Krause waren aus dem Einbruchsbiet ausgewiesen worden, waren aber wieder zurückgeführt, um ihre zurückgelassenen Sachen zu holen. Die Leichen sind bisher noch nicht freigegeben worden. — Der Termin, bis zu dem sämtliche Schwabpolizeibeamten aus dem Einbruchsbiet sich entfernen sollten, war von den Franzosen auf den 13. März festgesetzt worden, die beiden Beamten wurden aber bereits am 12. März von den Franzosen ergriffen.

Buer, 15. März. (W. T. G.) Zur Ermordung der beiden Schwabpolizeibeamten im Hofe des Lyzeums wird gemeldet: Die Ermordung ist auf Grund eines Überletes des Befehls erfolgt. Zwei Offiziere und zwei Soldaten haben den Befehl vollzogen. Die vier Verwundeten, die am Sonntag französischen Augen zum Opfer gefallen sind befinden sich noch in den Händen der Franzosen, in welchem Zustande ist unbekannt.

Buer, 14. März. (W. T. G.) Deute in aller Frühe wurden die ersten drei Totenbesten beerdigt. Nur die allerersten Angehörigen der Toten durften auf den Friedhof. Dem Oberbürgermeister der Stadt war erst nach langen Verhandlungen die Erlaubnis gegeben worden, als einziger Vertreter der Bürgerchaft der Beerdigung beizuwohnen. Die Stadtverwaltung hat bei den Franzosen auf das energischste dazugewirkt, daß die Franzosen ein würdiges Begräbnis verweigerten. — Die Franzosen veranlaßten dagegen eine glänzende Trauerfeier für die beiden erschossenen französischen Offiziere.

Das Treiben der Geheimorganisationen

Die Hochbahn-Reute sind im Verein mit andern Selbstschutzorganisationen seit Monaten bestrebt, aus Oberschlesien „ein zweites Bayern“ zu machen. Wir haben bereits verschiedentlich über ihr Treiben in Oberschlesien berichtet, wo es zuletzt am 24. Februar in Hindenburg anlässlich eines Fadelzuges der Selbstschutzorganisationen zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei kam. Dieser Fadelzug war von der Polizei verboten worden, die Organe klammerten sich aber nicht darum. Jetzt hat das preussische Ministerium des Innern eine große Anzahl von Verhaftungen vornehmen lassen. In Hindenburg wurden fünf Personen in Schutzhaft genommen, an deren Spitze der bekannte Hochbahnsführer, Hauptmann a. D. Hehbedred, steht. Ferner befinden sich darunter die beiden Brüder Mierobisch, ein Eisenbahnarbeiter, Janoscha, und der Glaswerkmeister Kroschke. Hehbedred hat in Oberschlesien eine umfangreiche Propaganda für die Gründung verbotener Selbstschutzorganisationen eingeleitet, während die andern Verhafteten sämtlich als Führer der Selbstschutzgruppen anzusehen sind, die den obererwähnten Zusammenstoß am 24. Februar verschuldeten.

Wie in Preußen, so ist auch in andern deutschen Ländern die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aufgelöst worden. Um aber ihren Mitglidern eine ungehinderte Tätigkeit ermöglichen zu können, hat die Parteileitung der Hitler-Wartel ein Abkommen mit der Reichsbörsen-Freiheitspartei getroffen, wonach die Nationalsozialisten auch weiterhin in der Reichsbörsen-Freiheitspartei bleiben können, bis die Aushebung jenes Verbotes die Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Organisation in dem alten Reiz von dem Verbot betroffenen Reichsbörsen-Freiheitspartei befreit. Die Reichsbörsen-Freiheitspartei beabsichtigt hier unmissverständlich die Gefahr, aufzufallen zu werden; denn es entbehrt die Krone, ob sie unter diesen Umständen nicht als die Fortsetzung der aufgelösten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu betrachten ist.

Was ist uns Marx heute?

Von Eduard Bernstein

Das Wirken auch der größten Lehrer der Völker ist dem Einfluß der Zeit unterworfen. Viele ihrer bahnbrechenden Gedanken werden erst völlig verstanden und beherzigt, wenn sie selbst nicht mehr unter den Lebenden weilen, alle aber wirken sie in verschiedenen Zeiten nach Art und Grad verschieden auf die Völker oder Volkselemente ein, denen ihr Schaffen galt. In dem Maße, als sich die allgemeine Erkenntnis erweitert und vertieft, die Verhältnisse sich ändern und neue Probleme entwickeln, ändern sich auch die Anforderungen an die Lehrer. Sie wachsen mit der Zeit, die Werke der Verstorbenen aber bleiben, was sie waren.

Es ist daher kein Unrecht gegen Marx, wenn wir uns die Frage zu beantworten suchen, was er uns vierzig Jahre nach seinem Tode als wirkender Geist noch ist. Wir handeln damit vielmehr durchaus in seinem Geiste. Denn niemand mußte besser als er, daß jede Zeit, jede Entwicklungsphase ihre eigenen Probleme erzeugt — und er hat es grundtätig abgelehnt, wie er es einmal ironisch ausdrückt, „Rezepte für die Garfische der Zukunft“ abzufassen. Er und sein treuer Arbeitsgenosse Friedrich Engels haben sich wiederholt wegwerfend — nach meiner Ansicht sogar übertrieben wegwerfend — über die Theorie der sogenannten ewigen Wahrheit ausgesprochen.

Merkt sich es auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften, das für das Wirken von Marx hauptsächlich in Betracht kommt, keine vom Wandel der Zeiten unberührbaren Wahrheiten, die mehr belagen als Gemeinplätzen von der Natur des Einmaleins und dergleichen. Aber es gilt doch dabei zu unterscheiden. Sätze, die sich auf die allgemeinen Bedingungen und Formen der Entwicklung der Gesellschaften beziehen, sind anders zu bewerten als solche, die sich mit Vorgängen und Aufgaben einer bestimmten, begrenzten Zeitperiode und bestimmten, ihr angehörenden Verhältnissen beziehen. So hat sich, um ein Beispiel herauszugreifen, das neuerdings vielfach behandelt worden ist, Marx mit größerem Verständnis als die Mehrzahl der sozialistischen Theoretiker seiner Epoche für die Gewerkschaftsbewegung interessiert und ihre Notwendigkeit anerkannt. Aber eine auch nur einigermaßen gründliche Würdigung ihrer sozialen Bedeutung und Funktion findet man bei ihm nicht und konnte er auch nicht liefern, da sie im ganzen noch viel zu unentwickelt war, um ihm ausreichendes Tatsachenmaterial dafür darzubieten. Er konnte die Gewerkschaften erst als Kampforgane der Arbeiterklasse für Fragen der Lohnhöhe und der Arbeitszeit; als Organe für die Ausbildung des Arbeiterrechts hatten sie sich noch nicht betätigt, und an ihre Funktion als mitbestimmender Faktor in der Regulierung der Produktion dachte noch kein Mensch. Daher findet man über viele Fragen, die die Gewerkschaftsbewegung heute beschäftigen, bei Marx noch kein Wort. Ebenso wenig verinnert man bei Marx von den Aufgaben und der Politik der Vertreter der Arbeiter in den Gemeindevertretungen und nur erst flüchtige Bemerkungen in Bezug auf deren Aufgaben und Politik in den Parlamenten der Staaten und Länder. Auch die Konsumgenossenschaften der Arbeiter in ihrer heutigen entwickelten Gestalt und ihre großen Zentralen waren zur Zeit, wo Marx schrieb, unbekannt, und damit auch die Steigerungsmöglichkeit ihrer sozialpolitischen Leistungen, desgleichen die Einrichtungen der Arbeiterversicherung, die Arbeitersekretariate und die Schöpfungen der Arbeiter für Pflege und Erhebung der Kultur. In der Arbeiterschutzgesetzgebung, für deren Förderung Marx durch sein Kapital so Großes getan hat, sind die Mehrzahl seiner Anregungen verwirklicht, und in der großen Politik steht die Arbeiterschaft der Hauptländer heute vor Fragen, die Marx so glücklich war, noch kaum zu ahnen.

Kurz, die politische und soziale Entwicklung, die sich in den vier Jahrzehnten vollzogen hat, seit Marx für immer die Feder aus der Hand legte, hat so viel Änderungen mit sich gebracht, daß mancher der mitten im Kampf stehenden Praktiker der Bewegung versucht ist, anzunehmen, Marx habe uns überhaupt nichts mehr von Bedeutung zu lehren, was für unsere Zeit passe. Auch das Wirtschaftsleben gewähre ja ein andres Bild, als Marx es vor sich sah, und stelle uns andre Probleme. So gehöre denn Marx heute als Lehrer und Ratgeber zwar zu den großen Toten, aber doch zu den Toten.

Das ist aber eine durchaus irrtümliche Folgerung. Wer sie zieht, kennt Marx nur halb und weiß nur halb, worauf es für unsere Bewegung ankommt. Daß Marx in Bezug auf viele Einzelfragen der sozialdemokratischen Praxis heute überholt ist, kann und soll nicht bestritten werden. Es ist das ein Umstand, den wir, so sehr uns Einzelnes von dem, was geworden ist, enttäuscht, im großen und ganzen sicherlich nicht zu bedauern haben. Wir sind seit Marx auf vielen Gebieten des sozialen Lebens weiter gekommen, und niemand würde sich dessen mehr freuen, als er. Aber mit den Fortschritten, die sich vollzogen haben, ist für die Bewegung eine große Gefahr verbunden: in der Praxis die Gefahr der Erschlitterung der Interessen, auf geistlichem Gebiet die Gefahr der Verengung der Horizonte.

Um es an einem von mir gelegentlich gebrauchten Bilde zu veranschaulichen: wir sind nicht mehr auf dem Wege zu dem Gebirgskopf, über den wir hinauskommen müssen,